



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Oesterreichs Fürstentag zu Frankfurt.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

ihr Heer haben. Raslos arbeitet die Zeit an großen Dingen, scheidend und verschmelzend, ebnend und bauend, vor Allem aber bemüht, den individuellen Gang der Deutschen in straffe Zucht zu fassen. Diese disciplinirende Arbeit trägt in sich selbst die Gewähr, daß sie nicht vor der rechten Stunde ihr Werk für gethan halten wird, und so wird sie glorreich vollendet werden. Wer sich ihr nicht fügen will, wird sich ihr fügen müssen, gleichviel wie hoch er stehe und wie stark er sich dünke. Wir werden ihn sehen, den Siegeslohn jenes Heeres, den Schlußstein jener organisirenden Thätigkeit, die Krone der Genossenschaften, die jetzt auf allen Gebieten die Deutschen zusammenfassen: den deutschen Staat. M. B.

### Oestreichs Fürstentag zu Frankfurt.

So weit sind wir. Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, zieht der Kaiser von Oestreich als Reformator des deutschen Bundes unter Zauchzen und Blumenwerfen der Frankfurter in der alten Kaiserstadt ein. Eine Fürstenversammlung, wie Deutschland seit einem Menschenalter nicht gesehen hat, umgibt ihn, die meisten der Herren mit einem Gefühl der Ehrerbietung, welches in diesen Kreisen gegen das Haus der habsburgischen Lothringer noch nicht erloschen ist. Oestreich beginnt jetzt das Werk, welches zwei Könige von Preußen durchzuführen versäumt haben, und ein gehäuftes Maß von Verachtung, Spott und Unehre wird über den Häuptern derer ausgeschüttet, welche durch ihre Unfähigkeit eine solche Wendung der Dinge möglich gemacht haben.

Dreimal in vierzehn Jahren ist den Königen von Preußen die Gelegenheit entgegengetragen worden, sich zu erheben, indem sie den Wünschen der Nation gerecht wurden. Das Parlament von Frankfurt 1849 trug ihnen die Kaiserkrone an, auf dem Fürstentag zu Berlin erbot sich eine Anzahl patriotischer deutscher Fürsten zu Preußen zu stehen, seit dem Jahre 1859 war eine große Partei im Volke, rührig und im unaufhörlichen Fortschritt, für den Bundesstaat thätig. Die Regenten Preußens aber haben nicht für gut befunden, auf das Angebot einzugehen, und wieder in Preußen rief eine Partei, deren kurzfristige Verblendung seit fünfzehn Jahren das Unglück und die Schmach dieses Staates gewesen ist, daß die Könige von Preußen ihre legitime Herrschaft nicht

durch die revolutionären deutschen Ideen beslecken sollten. Jetzt beginnt die Strafe für dies ruchlose Gefasel, eine herzermalmende Strafe für jeden, in welchem die Empfindung für Preußens Ehre nicht in Frivolität oder Parteilichheit untergegangen ist: die Don Quixotes und die Opfer dieser Partei von den Regierungen wie von den Völkern Deutschlands verachtet, und das conservative und loyale Kaiserhaus übernimmt jetzt die Aufgabe, welche sie nicht verstanden haben.

Wir aber, Männer der liberalen preussischen Partei, die wir jetzt mit Freude alte Gegner für unsre politischen Ideen besser arbeiten sehen, als jemals die vermocht haben, die unsre Führer hätten sein sollen, können doch den Schmerz nicht verbergen, daß ein solcher Umweg nöthig geworden ist, um für Preußen und Deutschland ein neues Staatsleben heraufzuführen.

Wichtiger als alle Fürstenberathungen in Frankfurt ist die Wirkung, welche das Ausschreiben Oesterreichs auf die Stimmung des preussischen Volkes ausübt, sie drängt auch die innern Conflicte, welche in diesen Sommermonaten in der Schwebe hingen, einer schnelleren Entscheidung zu. Wenn noch eine Thatsache nöthig war, den Zorn, welcher jetzt in den Preußen arbeitet, zu steigern, so ist es die Zusammenkunft von Frankfurt und was ihr vorausging; wenn der Stolz des preussischen Bürgers noch einer Mahnung bedurfte, daß es Zeit sei, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, so muß er diese Erinnerung in dem Jubel finden, womit ein großer Theil der Deutschen den östreichischen Reformator begrüßt. Jeder wackere Mann im Lande, den seine conservativen Neigungen bis jetzt von der Bewegungspartei entfernt hielten, der Beamte von Ehre, der Offizier von Ehre, sie mögen tief die Niederlage fühlen, welche ihr Staat durch solche, denen sie zu sehr vertrauten, erlitten hat. Für die Führer der nationalen Partei in Preußen aber wird jetzt eine neue Aufgabe gestellt, welche ihre ganze volle Kraft, Klugheit und Entschlossenheit in Anspruch nimmt; denn eine politische Verwickelung, welche nicht gefährlicher gedacht werden kann, droht in der nächsten Zukunft, und es gilt, schleunige Mittel für einen neuen Kampf zu finden. Für die innern Conflicte in Preußen vermögen die Tage von Frankfurt ein großes Agitationsmittel zu werden. Dieser Umstand ist von Wichtigkeit. Denn die Lage Preußens ist gegenwärtig bereits so, daß das Vertrauen und die Achtung, welche Deutsche und Fremde für den Kampf des Volkes gegen seine Regierung empfinden, noch das einzige Gegengewicht gegen die Fortschritte unserer Gegner ist. Das einzige Gegengewicht, aber ein genügendes. Denn wenn das preussische Volk versteht, sich die Sympathien der Andern zu erhalten und zu steigern, so mögen wir ruhig die Versuche der Cabinete erwarten, den Bund ohne Preußen zu reformiren.

Der preussischen Regierung ist bei dem kaiserlichen Ausschreiben Demüthigung nicht erspart worden. Es ist unerhört, daß ein Vorschlag zur Bundesreform den deutschen Fürsten nur von einer der beiden Großmächte, ohne vorherge-

gangne Communication mit der andern und ohne Aufforderung zur Mitautor-  
schaft vorgelegt wurde und nicht zugleich von Preußen ausgeht. Das Ein-  
ladungsschreiben des Kaisers hat ein mehre Tage älteres Datum, als die  
Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige zu Gastein, wo der König von  
Preußen zuerst von dem Entschluß des Kaisers in Kenntniß gesetzt wurde. Und  
ganz der Stellung angemessen, welche die gegenwärtige preußische Regierung  
in der Achtung Europas einnimmt, ist die Art und Weise, in welcher das  
berliner Cabinet auf das officielle Einladungsschreiben, geantwortet hat. Denn  
diese Antwort ist weder eine Annahme noch eine Ablehnung. Das persönliche  
Nichterscheinen des Königs wird dadurch erklärt, weil man nicht sicher sei, ob  
durch die Zusammenkunft nicht auch Gutes, was der bestehende Bund gewähre,  
in Frage gestellt werde. — Preußen, das seit einem Decennium systematisch  
jede Thätigkeit des Bundes zurückgehalten hat, versucht sich jetzt als Vertreter  
der alten Bundesinstitutionen darzustellen! — Wenn man aber von einer per-  
sönlichen Zusammenkunft der Fürsten ohne vorübergehende Ministerconferenzen  
keinen Erfolg erwarte, sei man doch bereit, solche Conferenzen zu beschicken.  
Es ist also weder Annahme noch Ablehnung, sondern reine Rathlosigkeit.

Was aber den Fürstencongreß selbst betrifft und seine Folgen, so läßt sich  
schon jetzt erkennen, daß die Stellung der deutschen Fürsten zu den Vorschlägen  
Oesterreichs nicht ganz so kühl sein wird, wie die im Uebrigen vortreffliche und pa-  
triotische Beurtheilung des östreichischen Projectes in den großen Zeitungen  
Berlins annimmt. Auch die deutschen Souveräne der Mittelstaaten erkennen,  
und die festlichen Volksdemonstrationen der letzten Wochen haben diese Einsicht  
verschärft, daß sie etwas Ernstes thun, sogar Opfer bringen müssen, um den  
lauten Forderungen des Volkes einigermaßen Genüge zu thun. Wie gebrochen  
auch die Lichtstrahlen des deutschen Liberalismus in ihrer Nähe wirken, nicht  
wenige von ihnen fühlen doch eine innere Verpflichtung, sich patriotisch und  
volksthümlich zu erweisen. Sie wissen sehr wohl, daß sie beim Anschluß an  
Oesterreich weniger für theure Rechte ihrer Souveränität zu besorgen haben, als  
in einem preußischen Bundesstaat. Sie empfinden ferner, daß die gegenwärtige  
Zeit: äußere Gefahr, Ohnmacht Preußens, Aufstreben Oesterreichs, demokratische  
Stimmungen im Volke, die Nothwendigkeit auferlegen, energisch ans Werk zu  
gehn. Und nicht weniger mächtig wirkt in ihnen, Wenige ausgenommen —  
die Abneigung gegen das preußische Wesen, einmal, weil sie in der nationalen  
Partei Preußens, jetzt sogar in einer künftigen Regierung, die Anfänge einer  
neuen Zeit sehen, welche ihnen höchst gefährlich werden kann, dann aber, weil  
auch die letzten preußischen Regierungen durch ihre jahrelange thatenlose Ne-  
gation beim Bunde in der That manches Gute verhindert und dabei über-  
reichlich die Unkraft bewiesen haben, Besseres zu schaffen, endlich weil man der  
Regierung des Herrn v. Bismarck jeden außerordentlichen Einfall zutraut und

aus gelegentlichen renommissischen Aeußerungen desselben auf eine rücksichtslose Begehrlichkeit schließt. Der Fürstencongreß zu Frankfurt wird also, nur Baden, Oldenburg, Weimar und Reuß jüngere Linie ausgenommen, den kaiserlichen Vorschlägen im Ganzen guten Willen entgegenbringen, und was unter solchen Umständen zu Stande gebracht werden kann, das wird begonnen werden. Allerdings schwerlich in öffentlichen Sitzungen, wie eine östreichische Zeitung meldete; denn die deutschen Fürsten werden in der Mehrzahl lebhaft dagegen protestiren, als Redner vor dem deutschen Publicum aufzutreten.

Ferner aber ist es eine Täuschung, daß durch das Außenbleiben Preußens das ganze Project Oestreichs vereitelt werde. Zwar sollen die Reformen auf dem Boden des deutschen Bundesrechts vor sich gehen, und das Bundesrecht fordert für Verfassungsänderungen Einstimmigkeit der Vota. Aber provisorische Einrichtungen gestattet das Bundesrecht per majora. Und was hindert Oestreich an einer provisorischen Einführung. Warum soll dieselbe Ehrlichkeit, womit die preußische Regierung ihrem Volk die neue Heeresorganisation als eine „provisorische“ Maßregel dargestellt hat, jetzt nicht von der östreichischen Partei gegen Preußen geübt werden.

Es ist kein Zufall, daß der Fürstencongreß unmittelbar vor dem deutschen Abgeordententage angesetzt wurde. Vielleicht hoffte man die Beschlüsse desselben zu influiren, die Versammelten wohl gar zu einem günstigen Entschluß fortzureißen. Diese Hoffnung zwar, wenn sie überhaupt in Wien gehegt wurde, wird sich als irrig erweisen. Aber die Stimmung auf dem Abgeordententage selbst wird den östreichischen Propositionen, welche, wie verkündet ist, Directorium, Parlament, deutsche Farben, Flaggen, Flotte bringen, sich nicht so ungünstig erweisen, als man im Norden annimmt. Einmal ist in Süddeutschland im Volk eine große Wärme für dies Vorgehen Oestreichs, das Wort Parlament übt dort eine mächtige Wirkung, und auch die süddeutschen Abgeordneten stehen unter dem Einfluß dieser Stimmung. Dann aber wird, wie schon früher ausgeführt wurde, auch ein Theil der Nationalpartei geneigt sein, Abschlagszahlungen auf die Wünsche des Volkes anzunehmen und das Parlament als ein großes demokratisches Agitationsmittel gegen die deutschen Regierungen zu benutzen. In der Hauptsache ist dem Abgeordententag der Weg, den er zu gehen hat, bereits vorgezeichnet. Er hat sich auf den Boden der Reichsverfassung von 1849 gestellt, und er wird diese gute Stellung nicht aufgeben, er wird also entschieden gegen Alles protestiren, was diese Grundlage beeinträchtigen könnte, gegen den Zutritt außerdeutscher Staaten Oestreichs, gegen eine nur consultative Mitwirkung des Parlamentes, gegen ein Directorium, welches die nützlichen Kleinstaaten zum Besten einiger Mittelstaaten säcularisirte.

Wir wünschen und hoffen, daß er weiter geht und durch einen männlichen Beschluß die Initiative der Regierungen überholt. Denn die deutsche

Frage wird nicht durch Gnade der Fürsten, sondern nach dem Willen des Volkes zu entscheiden sein. Aber unläugbar wird auch der Abgeordnetentag sich selbst den Rücken decken müssen; denn er ist in der Lage, sich daran zu erinnern, daß die Landesregierungen selbst in einigen Staaten, in denen seine Mitglieder die Majorität der Volksvertreter umfassen — beide Hessen, Nassau, Braunschweig, Hannover — im Nothfall Minoritätswahlen veranlassen und durch diese ein Parlament beschicken können.

Man darf deshalb gar nicht für unmöglich halten, daß der Fürstencongreß das positive Resultat hat, eine Volksvertretung des Bundes einzuleiten, welche das Bewilligungsrecht über etwa sieben Millionen Bundesgelder, Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung auch mit dem Recht der Initiative hat.

Wie die deutsche Nation sich zu diesen Reformationsideen der Fürsten schließlich stellen wird, das wird zumeist davon abhängen, wie in dem preussischen Staat der Verfassungskampf sich stellt. Nicht mehr die preussische Regierung hat die Hauptstimme bei der Frage über die Zukunft Deutschlands, wohl aber das preussische Volk.

### Vermischte Literatur.

Beiträge zur Geschichte des Zunftwesens von B. Böhmert. Ge-  
krönte Preisschrift. Leipzig, S. Hirzel. 1862. 144 S.

Eine nach Urkunden entworfene Geschichte der Schuhmacherzunft in Bremen, welche mit Geschick das Bedeutendste aus der Entwicklung dieser Corporation zusammenstellt, zur Ergänzung und Vergleichung Verschiedenes aus der Geschichte anderer Zünfte herbeizieht und im dritten Capitel einen allgemeinen Ueberblick über den Charakter des Zunftwesens von seiner Entstehung bis zu seinem Verfall gibt. Diese Skizze wird bis zu dem Ende December 1860 erfolgten Siege der Gewerbefreiheit in Bremen, „einer der ältesten und festesten deutschen Zunftburgen“ fortgesetzt. Eine recht tüchtige Arbeit des verdienten volkwirthschaftlichen Schriftstellers, welche mit ihren Beilagen namentlich Geschichtschreibern und Nationalökonomem willkommen sein wird.

Wörterbüchlein zum Volksthümlichen aus Schwaben. Von Anton  
Birlinger. Freiburg i. Br., Herdersche Verlags-Handlung. 1863. 96 S.

Eine dankenswerthe Zugabe zu der von uns während ihres Erscheinens  
wiederholt mit Anerkennung angezeigten Sammlung schwäbischer Sagen, Schwänke,